

0194/2018/AN

Sven Radestock &
Ratsfraktion

DIE LINKE.
Kreisverband Neumünster



An die Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger

NMS, 24.08.2020

per Mail

24.08.2020

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

hiermit stellen wir für die nächste Ratsversammlung den folgenden Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Radestock
und Fraktion

Jonny Griese
und Fraktion

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Neumünster richtet einen Bürgerrat ein, der sich thematisch mit der Zukunft der Innenstadt beschäftigt.
Er soll Ideen und Leitlinien für eine funktionierende, sprich: lebensfähige und lebensfreundliche Innenstadt zusammentragen. Dies kann Aspekte wie Handel, Dienstleistungen, Kultur, Verkehr und Zusammenleben berücksichtigen, soll jedoch jenseits von den Interessen Einzelner oder spezieller Berufs- und Interessensgruppen geschehen.
2. Der Bürgerrat ist zeitlich begrenzt. Sein Ziel ist es, zum Ende des Jahres 2021 ein sogenanntes Bürgergutachten vorzulegen. Dessen Inhalte sollen von Verwaltung und Ratsversammlung beraten werden, sie sind aber nicht bindend.
3. Die Mitglieder des Bürgerrates werden per Losverfahren ermittelt, wie dies bereits an anderen Orten erprobt und wissenschaftlich begleitet wurde. Vorgeschlagen für den Bürgerrat wird eine Größe von 25 Menschen, die sich an vier Tagungstagen treffen. Die Tagungen werden fachkundig moderiert und von Fachleuten begleitet.

01787 - 699613
MOBILFON

C.-BALZERSEN-WEG 9, 24536 NMS-EINFELD
ADRESSE

GRUEN@RADESTOCKS.DE
MAIL

4. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Ratsversammlung einen Handlungsfaden vorzulegen, wie das Vorhaben zeitnah umgesetzt werden kann.

Sie möge dabei auf Erfahrungen und Empfehlungen der Initiative Mehr Demokratie e.V. zurückgreifen (www.buergerrat.de).

Der Handlungsfaden konkretisiert (und korrigiert ggf.) u.a. die Vorschläge, die unter Punkt 3 gemacht werden, als da wären:

- wie die Teilnehmenden des Bürgerrats ermittelt werden,
- in welchem Zeitrahmen und unter welcher Anleitung der Bürgerrat tagen soll,
- welche (nicht stimmberechtigten) Experten hinzugezogen werden sollen,
- welche Förderungsmöglichkeiten genutzt werden können.

5. Die Kosten, die nach Abzug der Förderungen noch übrig bleiben, sind in den Haushalt 2021/22 einzustellen.

Begründung

Nicht erst durch die bevorstehende Schließung des Karstadt-Hauses stellt sich die Frage, wie wir unsere Innenstadt nachhaltig attraktiv gestalten können. Es hat sich gezeigt, dass auch viele Menschen, die sich bisher gar nicht oder nur wenig mit kommunalpolitischen Themen beschäftigen, ein großes Interesse an dieser Frage zeigen und wertvolle Ideen einzubringen haben.

Der Bürgerrat stellt keine zusätzliche Institution dar und verpflichtet niemanden zur Teilnahme. Dafür senkt er aber die Schwelle, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Gleichzeitig werden Menschen, die bereits jetzt aktiv an den Entscheidungsprozessen unserer Stadt teilnehmen wollen, nicht ausgeschlossen; bleiben doch die bisherigen Mitwirkungsmöglichkeiten weiterhin erhalten. Auch die Entscheidungsbefugnis der bestehenden Gremien bleibt unberührt.

Das Instrument des Bürgerrats hat sich bereits in einigen europäischen Ländern bewährt, auch um authentische, nicht von speziellen Interessen geleitete Meinungen einzubeziehen. Er wird zu speziellen Fragestellungen auch bereits in mehreren Kommunen Deutschlands eingerichtet, und sogar der Bundestag hat im Juni dieses Jahres beschlossen, einen losbasierten Bürgerrat einzurichten.

Ein Bürgerrat bietet nicht nur die Chance, neue Ideen und Anregungen zu erhalten. Er stärkt auch unsere Demokratie, indem sich Menschen

projektbezogen einbringen - und zwar auch solche, die sich normalerweise nicht für ein derartiges Forum gemeldet hätten. Auf der Homepage www.buergerrat.de heißt es erläuternd:

Der Bürgerrat Demokratie...

- arbeitet mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern
- stellt die Demokratie selbst ins Zentrum
- unterstützt die Politik beim Lösungs-Finden, ohne sich anzubiedern
- hat das Ziel, einen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden
- bringt greifbare Ergebnisse, die wirklich in die Politik einfließen.

Das Prinzip des Bürgerrats wird mittlerweile von zahlreichen Einrichtungen (z.B. Bund der Steuerzahler, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Bundesverband Deutscher Stiftungen etc.) und über Parteigrenzen hinweg als Mittel gesehen, etwas gegen die Demokratiekrise zu unternehmen. Dadurch gibt es auch Fördermöglichkeiten. Der Neumünsteraner "Initiative Demokratieerweiterung" wurde beispielsweise vom Verein Mehr Demokratie e.V. eine Unterstützung in Höhe von 10.000 Euro in Aussicht gestellt. Es wäre zu prüfen, ob diese auch durch die Stadt zu nutzen wäre.